

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 8

Artikel: Die Notwendigkeit der politischen Schulung in der Demokratie
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333138>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Voraussetzung der Verwirklichung solcher Staatspolitik in der schweizerischen Eidgenossenschaft bildet die gegenseitige Verständigung. Sie soll, sie muß möglich gemacht werden. Auf Seite der Arbeiterschaft ist der entschiedene Wille dazu vorhanden.

Aber die Verständigung darf auch nicht den bloßen Anschein einer Demütigung für die Arbeiterschaft enthalten. Sie muß auf dem Boden der Gleichberechtigung, in freiem Ausgleich der Kräfte, auf einer gerechten Grundlage in sozialer, wirtschaftlicher, finanzieller und staatspolitischer Hinsicht erfolgen.

Es wäre eine Art Minimalprogramm der Wirtschafts-, Finanz- und Staatspolitik zum Zwecke des Wiederaufbaus auf demokratischer Grundlage zwischen den großen Parteien des Landes zu vereinbaren. Erstes, vornehmstes und dringlichstes Ziel der Verständigung bildet dabei die Arbeitsbeschaffung, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Kleinliche Interessengegensätze hätten vollständig in den Hintergrund zu treten. Die Verantwortung für die Landespolitik wäre von allen Volksschichten zu gleichen Teilen zu tragen. Die Umbildung der Landesregierung wäre die logische Folgerung solch neuer Bundespolitik.

Die Erklärungen des Bundesrates und der Landesparteien bei Anlaß der Eröffnung der Session der Bundesversammlung, die am 21. März zur außen- und innerpolitischen Lage der Schweiz abgegeben worden sind, bilden den Ausgangspunkt für die angestrebte Verständigungspolitik. Den schönen Worten haben ebenso schöne Taten zu folgen.

Wohin steuert die Schweiz? So haben wir vor Wochen schon gefragt. Unsere Antwort ist allgemein bekannt. Wie lautet die der andern?

Die Notwendigkeit der politischen Schulung in der Demokratie

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Die politische Tätigkeit ist in der Demokratie etwas Gegebenes. Die Anteilnahme *aller* an der Gestaltung der gemeinschaftlichen Einrichtungen, der Gesetze und der staatlichen Ordnung ist eine Voraussetzung der Demokratie.

In der Diktatur ist es anders. Dort ist der Machthaber, der Diktator, der entscheidende Faktor in der Politik. Auch in der Monarchie und in andern, nicht demokratischen Staatsformen sind immer einzelne dazu berufen, Politik zu machen. Man wird unter Umständen die Lösung politischer Aufgaben Leuten zuweisen, die eine bestimmte Kenntnis des betreffenden Gebietes besitzen. Aber nicht die Fachkenntnis als solche ist in der Diktatur entscheidend, sondern der politische Wille des Diktators.

In der Demokratie wird der politische Wille durch die Stimmberechtigten gebildet. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß der gut Orientierte, der Geschulte, der politisch Einsichtige dank seiner Fähigkeiten einen größeren Einfluß auszuüben vermag, als der Ungeschulte, der Gleichgültige, der Unwissende.

Die politische Aufgabe innerhalb der Demokratie ist, schematisch betrachtet, die gleiche wie in der Diktatur. Es handelt sich um die Organisation des Staates, der Gemeinschaft, der Wirtschaft, der Kultur. Aber materiell ist zwischen Demokratie und Diktatur ein unüberbrückbarer Gegensatz. In der Diktatur entscheidet ein einzelner, der Diktator, währenddem in der Demokratie das Volk entscheidet. In der Diktatur behauptet der Diktator, daß *er* nur das Beste für das Volk und das Land wolle. Er nimmt für sich in Anspruch, mit Gewalt selbst über das Volk und gegen das Volk das, was er für das Beste hält, durchzusetzen. Dabei ist es in der Regel so, daß der Diktator zwar behauptet, er wolle das Beste des Volkes, in Wirklichkeit aber nur das will, *was seine Herrschaft und seine Allmacht stützt*. Wenn er aber offen heraussagen würde, was er will, dann würde er viele Illusionen zerstören.

Die Illusionen der Massen zu erhalten, sie zu täuschen, sie irrezuführen, ist in der Diktatur eine politische Aufgabe. Man muß sich deshalb nicht verwundern, daß die Propagandaministerien diktatorisch regierter Staaten die Wahrheit als etwas ganz Nebensächliches und unter Umständen äußerst Schädliches betrachten.

Anders in der Demokratie. Die großen Massen des Volkes wissen, was ihnen wirtschaftlich frommt, soweit es sie persönlich betrifft. Sie wissen nicht immer, was wirtschaftlich der Gesamtheit frommt, weil ihr Horizont nicht immer sehr weit reicht. Die Volksmassen wissen, was Freiheit ist und was Volksrechte sind, soweit sie von diesen Volksfreiheiten und Volksrechten Gebrauch machen wollen. Oft kümmern sie sich aber sonst um diesen wichtigen Teil demokratischer Staatsentwicklung wenig. Erst wenn ihnen gewisse Rechte abhanden gekommen sind, erinnern sie sich ihrer.

Die Masse des Volkes weiß nicht über alle gesetzlichen Bestimmungen Aufschluß; auch wenn sie die Gesetze machen hilft, indem sie durch Volksabstimmung über Gesetze entscheidet. Es ist aber wichtig, daß in der Demokratie der Volksgenosse sich mit den Angelegenheiten der Allgemeinheit beschäftigt.

II.

Die Demokratie hat es in der politischen Gestaltung nicht so leicht wie die Diktatur. Der Fortschritt muß *erarbeitet* werden. Er ist dafür dauerhafter und wirklich verankert.

Für die Entwicklung der Demokratie ist *eine* Voraussetzung unerläßlich: ein politisch geschultes Volk. Es genügt nicht, daß man Rechte und Entscheidungsmöglichkeiten hat und nicht weiß, wie man sie anwenden soll.

Der demokratische Gedanke ist seit dem Weltkrieg stark geschädigt worden, weil die politische Schulung in viel stärkerem Maße vernachlässigt wurde, als das in früheren Jahrzehnten der Fall war. Die Gründe dieser Vernachlässigung sind mannigfaltige. Einmal ist das öffentliche Leben durch Sport, Radio, Film und andere einseitige Veranstaltungen außerordentlich stark beeinflusst. Zum andern hat die Jugend in den Zeiten seit dem Weltkrieg viel weniger Gelegenheit gehabt, sich politisch zu schulen, weil die Ereignisse sich überstürzten und weil keine Möglichkeit vorhanden war, sich mit Einzelheiten eingehend zu befassen, so wie es für die Schulung notwendig ist. Dazu kommt die furchtbare Entwicklung der wirtschaftlichen Krise, die viele Existenzen entwurzelt und dem nackten Elend gegenüberstellt.

Die politische Tätigkeit ist aber auch systematisch *schlecht* gemacht worden. Es sind die Reaktion und die in der Richtung der Diktatur gehenden Strömungen, welche die Demokratie in jeder Richtung, nicht nur den Parlamentarismus und die Regierungstätigkeit, in den Demokratien herabzusetzen versuchen. War es an und für sich nicht leicht, auch in demokratischen Staaten sich politisch zu betätigen, so versuchte man die politische Tätigkeit als eine den Charakter verderbende Tätigkeit zu stigmatisieren. Man gab den Zeitungen in vielen Fällen die Schuld, wo sie nur die Tatsachen feststellten. Viele Menschen fanden in dieser die Demokratie heruntermachende Bewegung eine willkommene Hilfe, um ihre politische Untätigkeit zu rechtfertigen.

Dazu kommt eine andere Erscheinung: Die politische Tätigkeit und Schulung trat je länger, je mehr vor andern Aufgaben zurück. Man begnügte sich, wenn man einer Partei angehörte, damit, hin und wieder eine Parteiversammlung zu besuchen, an der gerade eine aktuelle Frage (Abstimmung oder Wahl oder interne Organisationsangelegenheit) zur Diskussion stand. Im übrigen hatte man für politische Gespräche keine Zeit. Man brauchte diese Zeit für seine persönlichen Vergnügen oder persönlichen Arbeiten oder für sportliche Betätigung.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß viele, die sogar in Vorständen und in Vertrauensämtern von Parteien sitzen, wenig oder keine Kenntnis der geschichtlichen politischen Entwicklung des Staates haben. Sie kennen auch die politische Geschichte ihrer Bewegung nicht. Sie behandeln alles das als etwas ganz Nebensächliches. Da ist es nicht verwunderlich, daß dann aus dem Augenblick heraus Entscheide gefällt werden. Für solche Entscheide sind maßgebend das Gefühl, die Stimmung und das, was zufälligerweise gesprochen wird. Ueberlegung und Kenntnis treten zurück.

Es gibt Leute, die die Meinung haben, es sei recht radikal und fortschrittlich, wenn man scharfe, womöglich beleidigende Ausdrücke in politischen Gesprächen und Artikeln verwende. Diese Meinung haben sie deshalb, weil sie von der Politik in Wirklichkeit nichts verstehen und in politischer Betätigung eine Herunterreißung des Andersdenkenden, eine Verunglimpfung irgendeines Gegners und eine Schlechtmachung anderer erblicken. Daß solche Leute speziell der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Entwicklung nichts nützen, ist ganz

klar. Sie können nur zerstörend wirken. Sie können nur die Oberflächlichkeit fördern.

III.

Für die Demokratie ist es entscheidend, ob weite Kreise des Volkes politisch geschult sind. Heute steht die politische Schulung im Hintergrund. Sie ist durch viele andere Tätigkeiten verdrängt. Soll die Demokratie sich aber weiter entwickeln und soll vor allem die Sozialdemokratie eine erfolgreiche Politik führen, dann muß die politische Schulung wieder in den Vordergrund gestellt werden.

Es ist nicht so, wie viele meinen, daß *jeder* Politik machen kann; daß auch der Unwissende, der Ungeschulte, derjenige, der nur über ein geschliffenes Maul verfügt, schon prädestiniert ist, Politik zu machen. In der Demokratie ist die *politische Schulung eine Notwendigkeit*.

Wer da- oder dorthin horcht, um zu erfahren, *wie* die Stimmung ist, und dann glaubt, das sei nun das Grundlegende für die Politik in der Demokratie, täuscht sich. Aber noch mehr: er schädigt die Demokratie. Er verschiebt die Basis. Er stellt die Demokratie auf das Unsichere, Stimmungsgemäße, Momentane, rein gefühlsmäßig Betonte ein; statt daß er die Massen *erziehen* hilft, damit sie überlegen, damit sie abwägen, was das beste sei; damit sie erkennen, daß Politik nicht etwas Nebensächliches, Gleichgültiges, Dilettantenhaftes sein kann.

Natürlich braucht man für die politische Schulung *Zeit*. Aber diese Zeit muß man zur Verfügung stellen. Monatsversammlungen, an denen man Vereinsgeschäfte behandelt, vermitteln noch keine politische Schulung. Irgendwelche Vorträge, wie sie oft von Bildungsausschüssen veranstaltet werden und die sich nicht mit politischen Fragen befassen, vermitteln keine politische Schulung. Man kann die schönsten Lichtbildervorträge veranstalten, die prächtigsten literarischen Themata auswählen, die schönsten Rezitationsabende halten, das alles ist *nicht* politische Bildung.

Politische Bildung und Schulung haben Vermittlung von politischem Wissen zur Voraussetzung. Der Bürger eines demokratischen Staates muß die Geschichte seines Landes, die Geschichte seiner und anderer Parteien kennen. Er muß sich ein Bild machen über die Struktur des Staates. Er muß einen Begriff haben, nach welchen sachlichen Gesichtspunkten politische Tagesfragen zu beurteilen sind.

Wenn man die politische Tätigkeit von heute betrachtet, dann sieht man, wie bei einer Wahl oft Leute auftauchen, um Ratschläge zu erteilen, die sich sonst *nie* mit Politik befaßt haben. Wie sie eine Meinung, die von keiner Sachkenntnis getrübt ist, mit Hingebung verfechten, wenn irgendeine politische Frage in der Öffentlichkeit zur Diskussion steht. Das läßt sich natürlich nicht vermeiden. Solche Leute wird es immer geben. Aber verhängnisvoll ist es, daß solche Leute im gegebenen Moment einen entscheidenden Einfluß ausüben und mit den unsachlichsten Momenten eine Frage entscheiden helfen können;

nur deshalb, weil ein großer Teil der politisch Organisierten politisch *nicht* geschult ist.

Es mag unangenehm sein, diese Feststellungen machen zu müssen. Aber diese Zustände bedeuten eine eminente Gefahr für die Demokratie und den Sozialismus. Wenn man eine wirklich geschulte, demokratische Bevölkerung hat, dann ist die Demokratie so stark, daß sie überhaupt *nicht* überwunden werden kann. Eine politisch geschulte, sozialistische Arbeiterschaft ist eine Kraftquelle für den Fortschritt, wie man sie sich größer gar nicht vorstellen kann.

Es muß ausgesprochen werden, daß die politische Schulung in den Grütlivereinen vor Jahrzehnten und in den Arbeiterbildungsvereinen viel intensiver betrieben wurde, als heute die politische Schulung in den meisten Organisationen betrieben wird.

Der einzelne von damals hatte das Bedürfnis, sich politisch zu schulen. Er litt nicht unter der Ueberheblichkeit, daß er schon alles wisse. Er bildete sich nicht ein, daß er aus dem Gefühl heraus sofort eine Frage entscheiden könnte und daß ihm Geistesblitze aus den schwierigsten Situationen heraushelfen würden. Er wußte, daß alles *erarbeitet* werden muß, durch das Studium von belehrenden Artikeln, Broschüren und Büchern. Er wußte, daß Diskussionen und das Austragen gegensätzlicher Meinungen bildend wirken. Er wußte, daß Schulungskurse eine glänzende Gelegenheit sind, um Wissen zu erwerben. Er wußte, daß *Wissen Macht* ist. Und weil er das wußte, würdigte er die Macht des Wissens und der Schulung richtig. Er hatte das Bestreben, sich weiter zu bilden, um überlegt (aus der Erfahrung heraus) in einer Frage mitsprechen zu können. Nicht, wie das heute oft der Fall ist, daß man glaubt, man solle keine andere Meinung sagen, damit die Angelegenheit *rasch* erledigt sei.

Politische Schulung muß in den Vordergrund gestellt werden; denn Schulung ist für jedes ernsthafte Wissen notwendig, ist für jedes ernsthafte Können und Handeln unerläßlich. Das wissen der Sportler und der Sänger; jeder Berufsmann weiß es. Nur bei der Politik nimmt man an, daß alles von selbst komme. Ein *Irrtum* von katastrophaler Auswirkung, wenn er große Massen befällt. Ein Irrtum, der automatisch dem Faschismus und der Diktatur den Weg ebnet. Ein Irrtum, der deshalb überwunden werden muß.

Politische Schulung ist somit ein *Gebot der Stunde*.

Blutige Selbstkritik der Diktatur (zu den Moskauer Prozessen)

Von Emil J. Walter.

Bucharin und weitere 17 Genossen wurden erschossen. Die Propaganda der Stalinklique und Stalinfreunde will uns glauben machen, Verräter, Verbrecher, Saboteure, Spitzel und Spione seien hingerichtet worden. Daß die vier großen russischen Prozesse mit ihrer erbarmungslosen